

**Beschluss BK 2017-1-3**  
**Neufassung der Statuten der Kolpingjugend Deutschland**

Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Die Statuten der Kolpingjugend im Kolpingwerk Deutschland werden neu gefasst. Zukünftig werden das Geschäft und die Wahlen der Kolpingjugend auf Bundesebene in einem Dokument, der „Wahl- und Geschäftsordnung der Kolpingjugend im Kolpingwerk Deutschland“ geregelt. Dazu gehören insbesondere satzungsergänzende Regelungen zu den Gremien und Ausschüssen bzw. Kommissionen der Kolpingjugend, Regelungen im Bereich Ehrungen und Regelungen zum Geschäft und Wahlen auf der Bundeskonferenz. Der Entwurf ist angehängt und – mit Ausnahme der Auszüge aus der Satzung des Kolpingwerkes – Teil des Antragstextes.

Mit dem Inkrafttreten dieser neuen Wahl- und Geschäftsordnung verlieren alle bis dahin gültigen diesbezüglichen Bestimmungen und Regelungen außerhalb der Satzung des Kolpingwerkes Deutschland ihre Gültigkeit.

Abstimmung: Der Antrag wird einstimmig angenommen.
--

**Beschluss BK 2017-1-4  
Start einer Kolpingjugend-Cloud**

Die Kolpingjugend Deutschland richtet, nach erfolgter Prüfung der finanziellen, personellen und rechtlichen Kriterien, bis spätestens zur Buko 2017-2 eine Cloud für Kolpingjugendliche ein. Diese „Kolpingjugend-Cloud“ ermöglicht:

1. Jeder/m Kolpingjugendlichen kostenfreien Speicherplatz für die ehrenamtliche Arbeit
2. Jeder/m Kolpingjugendlichen den Austausch von Ideen und Material für die Arbeit vor Ort
3. Jeder/m Kolpingjugendlichen den unkomplizierten Zugriff auf Material der Bundesebene

Die Federführung obliegt der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit. Die Bundesleitung stellt die technische, rechtliche und redaktionelle Betreuung inklusive hauptamtlicher Zuständigkeit / Unterstützung langfristig sicher. Die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit evaluiert und entwickelt die Plattform weiter.

Abstimmung: Der Antrag wird mit 59 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

## **Beschluss zum BK 2017-1-5**

### **Vertrauen stärken – Rentensystem zukunftssicher umbauen**

Die Bundeskonferenz möge folgende Positionierung der Kolpingjugend beschließen:

Wir stellen fest, dass viele Jugendliche das Vertrauen in das deutsche Rentensystem verloren haben. Während die Gesetzliche Rente bisherigen Generationen von Rentnerinnen und Rentnern weitestgehend die Sicherung ihres Lebensstandards über die Erwerbsphase hinaus garantierte, befürchten viele junge Menschen, dass ihre eigene Rente nicht einmal mehr zur Grundsicherung ausreichen wird. Vor dem Hintergrund des schon damals zunehmenden demografischen Drucks in der Gesetzlichen Rentenversicherung wurde im Zuge der Rentenreform von 2001 klargestellt, dass die Gesetzliche Rente nur noch ein Bestandteil zur Sicherung des Lebensstandards in der Altersphase sein kann. Seitdem wurde das Prinzip Eigenverantwortung propagiert: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten eine zusätzliche private Altersvorsorge betreiben, da ein lebensstandardsichernder Ruhestand, der ausschließlich auf den Bezügen aus der Gesetzlichen Rentenversicherung basiert, nicht mehr ohne Weiteres garantiert werden konnte.

Um insbesondere jungen Menschen das Vertrauen zurückzugeben, bedarf es einer grundlegenden und weitreichenden Rentenreform, die sich von den oft kleinteiligen Reformen der vergangenen Jahrzehnte unterscheidet. Das Umlageverfahren, dessen Vorteile in der zurückliegenden Finanzkrise und der aktuellen Niedrigzinsphase deutlich wurden, soll nach wie vor ein Hauptbestandteil der gesetzlichen Rentenversicherung sein. Um jedoch dem immer größer werdenden Problem der Altersarmut vorzubeugen, bedarf es weiterer solidarischer Grundsicherungsmechanismen, die gemeinschaftlich alle Bürgerinnen und Bürger miteinbeziehen.

Bei der anstehenden und notwendigen Reform des Rentensystems, sollten folgende Punkte berücksichtigt werden:

#### ***Grundsicherung durch eine steuerfinanzierte Sockelrente***

Der Anteil der über 65-Jährigen, die im Alter armutsgefährdet sind, nimmt zu. "Während 2006 jeder zehnte Ruheständler von Altersarmut bedroht war, war es 2013 schon jeder siebte. Besonders häufig betroffen sind Frauen, Alleinstehende, Geringqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund."<sup>1</sup> Die Vorschläge der etablierten Parteien, dieser Entwicklung entgegenzuwirken sehen wir nicht als ausreichend an. Anstelle der in den

---

<sup>1</sup><https://www.bertelsmannstiftung.de/de/themen/aktuellemeldungen/2015/oktober/alte-rsarmut-steigt-in-deutschland-weiter-an/>

Parteien diskutierten Vorschläge, die für langjährig Versicherte lediglich eine Mindestrente erbringen wollen, fordern wir für alle eine rein steuerfinanzierte Sockelrente in Höhe des soziokulturellen Existenzminimums. Hinzu kommen zusätzliche selbsterarbeitete Rentenanwartschaften oder Pensionsansprüche. Zusätzliche Einnahmen aus privaten Altersvorsorgeverträgen werden nicht berücksichtigt. Wir glauben, hierdurch allen Menschen, die das Vertrauen in das System verloren haben mit der Sockelrente eine Sicherheit für ihre Altersphase zurückzugeben.

### ***Leistungsgerechtigkeit durch eine Erwerbstätigenversicherung***

Auf die steuerfinanzierte Sockelrente aufbauend werden in zwei verschiedenen Systemen (Erwerbstätigenversicherung und Beamtenpension) weitere Rentenanwartschaften erwirtschaftet. Um eine durchgängige Solidarität in der Gesellschaft zu schaffen, muss es langfristig das Ziel sein, außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung bestehende Versorgungssysteme aufzulösen und alle Bürgerinnen und Bürger (außer Beamte) in einem einheitlichen System der Erwerbstätigenversicherung zu versorgen. Hierzu wäre eine Stichtagslösung denkbar.

Die Erwerbstätigenversicherung soll zusammen mit der o.g. Sockelrente nicht nur Altersarmut verhindern. Sie soll den bisherigen individuellen Lebensstandard der Beitragszahlenden sichern. Hierbei soll das Äquivalenzprinzip gewahrt werden, nach dem sich die Höhe der im Ruhestand ausgezahlten monatlichen Rente nach der Höhe und Dauer der im Erwerbsleben gezahlten Beiträge bemisst.

### ***Flexibilisierung des Renteneintritts***

Das Renteneintrittsalter muss dynamisch an die Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung gekoppelt werden. Jedoch ist nach 45 Beitragsjahren ein vorzeitiger abschlagsfreier Renteneintritt möglich. Neben der Erwerbstätigenversicherung beginnt dann auch der Bezug der Sockelrente. Durch diese Regelung wird einem frühen Berufseinstieg Rechnung getragen.

Um eine individuellere und selbstbestimmtere Altersphase zu ermöglichen, soll das bestehende Prinzip flexibler Renteneintritte weiter ausgebaut werden.

### ***Leistungen junger Menschen stärker berücksichtigen***

Für schulische Ausbildungsgänge und ein Erststudium bis zur Regelstudienzeit müssen Entgeltpunkte angerechnet werden, um entstehende Lücken in der Erwerbsbiografie auszugleichen. Dadurch wird zum Ausdruck gebracht, dass auch in einer schulischen Ausbildung bzw. einem Studium bereits Leistungen erbracht werden, welche es im Hinblick auf die spätere Rente eines jeden Einzelnen zu berücksichtigen gilt.

Um im Alter einen finanziell sorgenfreien Ruhestand genießen zu können, bleibt es unerlässlich, dass junge Menschen in ordentlichen Beschäftigungsverhältnissen angestellt sind. Der Einstieg in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis nach Ausbildung oder Studium muss der Regelfall sein. Junge Menschen dürfen nicht durch Praktika, Honorartätigkeiten oder Minijobs ausgebeutet werden. Denn auch dies stellt eine entscheidende Hürde auf dem Weg zu einer auskömmlichen Rente dar.

### ***Rente muss schon für junge Menschen Thema sein***

Um junge Menschen schon frühzeitig für die Altersvorsorge zu sensibilisieren, muss dieses Thema bereits im Schulunterricht behandelt werden. Ebenfalls in der non-formalen Bildungsarbeit, wie z.B. in der Arbeit der Kolpingjugend, muss das Rentensystem in den Mittelpunkt gerückt werden. Zur Unterstützung fordern wir die Rentenversicherungsträger und die Bundesregierung auf, Materialien in zielgruppengerechter Sprache zur Verfügung zu stellen.

Mit diesen Ideen sehen wir auch für die Zeit nach 2030 eine rentenpolitische Perspektive, die zukunftssicher und generationengerecht ist und vor allem die junge Generation entlastet, weil die Grundabsicherung im Alter nachhaltig und transparent gesichert ist.

Abstimmung: Der Antrag wird bei 3 Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.
--

**Beschluss BK 2017-1-6**

**Prüfung der Möglichkeit eines vereinfachten Antragsverfahrens für internationale Maßnahmen im zeitlichen Umfeld des Jugendevents 2018**

Die Bundesleitung prüft bis spätestens zur BuKo 2017-2 die Möglichkeit eines vereinfachten Antragsverfahrens für internationale Maßnahmen, die im Rahmen des Jugendevents 2018 zwischen den Kolpingjugenden und deren Partnerländern stattfinden, durch den Kinder- und Jugendplan des BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), andere Förderprogramme oder außerhalb der KJP-Förderrichtlinien gefördert und mit dem Jugendhaus Düsseldorf e.V. abgerechnet werden.

Abstimmung: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

## **Initiativantrag BK 2017-1-11i**

### **Wir stehen für ein Wir – Positionierung der Kolpingjugend zum Wahljahr 2017 gegenüber dem Grundsatzprogramm der AfD**

Wir verfolgen die politischen Entwicklungen in den Ländern im Bund und in Europa sehr aufmerksam. Mit Blick auf die anstehenden Wahlen stellen wir uns gegen den aufgekommenen Rechtspopulismus. In unserer Demokratie werden die Errungenschaften einer freien Religionsausübung, einem offenen Europa und einem respektvollen Umgangston frei von Menschenverachtung zunehmend in Frage gestellt. Rechtspopulistische Haltungen sind für uns nicht akzeptabel.

Hierzulande, aber auch in ganz Europa, entwickeln sich seit geraumer Zeit gesellschaftliche Strömungen, die sich auf politischer Ebene in Deutschland durch die AfD in der Öffentlichkeit auftreten. Wir wollen nicht, dass rechtes Gedankengut in der Mitte unserer Gesellschaft „salonfähig“ wird.

### **Die Kolpingjugend steht für Nächstenliebe, Vielfalt und Gemeinschaft**

Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen, unabhängig von Herkunft oder Religion ein. Unsere Haltung gründen wir auf christliche Werte, dem Leitbild des Kolpingwerkes Deutschland und den Positionen der Kolpingjugend Deutschland. Wir wollen Nächstenliebe, Vielfalt und Gemeinschaft erlebbar machen. Ebenso leitend für unser Handeln und menschliches Zusammenleben sind die Prinzipien der Katholischen Soziallehre: *Solidarität, Personalität und Subsidiarität.*<sup>2</sup>

Das bedeutet für uns konkret, jeden Menschen in seiner Einzigartigkeit anzunehmen, jeden Menschen mit seinen Potentialen und Talenten zu betrachten und jeden Menschen als Geschöpf Gottes anzuerkennen.

### **Die Kolpingjugend steht für freie Religionsausübung in Deutschland**

Jeder Mensch ist frei, seinen Glauben zu wählen und hat das Recht dazu, diesen ungehindert auszuleben. Dialoge zwischen den Religionen verstehen wir als Bereicherung für das gesellschaftliche Zusammenleben und als eine Basis für Inklusion.

Der Islam ist in Deutschland angekommen und hat das gleiche Recht, sich zu entwickeln, wie es dem Christentum zusteht. Dazu gehören auch die Förderung der Wissenschaftlichkeit von

---

<sup>2</sup> Begriffserklärung (nach LTHK, 2006): *Personalität* sieht den Menschen als Ebenbild Gottes und Träger, Schöpfer und Ziel gesellschaftlicher Einrichtungen. Als Ebenbild Gottes kommt dem Mensch eine zu schützende Würde zu. Er ist einmalig und wegen seiner Individualität von Gott gewollt. Dieses Menschenbild ist die Basis für jedes menschliche Handeln. *Subsidiarität*: Beschreibt das gesellschaftliche Zusammenwirken von Verbänden und Politik. Eine Gesellschaft funktioniert am besten, wenn die Angelegenheiten nach Möglichkeit auf der untersten Ebene einer Gesellschaft geklärt werden. Höhere Instanzen sollen erst bei Problemen auf der untersten Ebene hinzugezogen werden.

Islamischer Theologie, sowie die Ausbildung islamischer Religionslehrer\_innen sowie Imame nach deutschen Standards auszugestalten. Religiöse Bildung ist ein weiterer Schlüssel zur Förderung von Inklusion.

Die grundsätzliche Diskussion um die Verleihung des öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus<sup>3</sup> für eine islamische Religionsgemeinschaft verstehen wir nicht, wie die AfD, als *Machtgerangel* mit christlichen Kirchen, sondern als legitime Forderung, die nach deutschem Recht zu prüfen ist.

Die AfD zeichnet in ihrem Grundsatzprogramm ein Bild der islamischen Machtstärkung gegenüber ursprünglich kirchlicher Privilegien und christlicher Kultur. Auf gesellschaftlicher Ebene sieht sie die Grundsätze unserer Werteordnung, die Gesellschaft und den Staat durch die stetig wachsende Zahl von Muslimen in großer Gefahr. Im Grundsatzprogramm wird diese Gefahr durch die Radikalisierung einiger Muslime, die Bildung von Parallelgesellschaften und der fehlenden Akzeptanz unserer Rechtsordnung im Gegensatz zur Scharia begründet.

Wir teilen diese Ängste nicht und nehmen vielmehr wahr, dass die AfD Ängste und Vorurteile einiger Menschen ausnutzt, um für ihr Weltbild zu werben. Aus einer christlichen Haltung heraus bedarf es einer differenzierten Auseinandersetzung mit der Stellung des Islam in Deutschland und mit muslimischen Mitmenschen, um unseren Vorstellungen einer freiheitlich demokratischen Gesellschaftsordnung gerecht zu werden. Pauschale Verurteilungen lehnen wir ab.

### **Die Kolpingjugend heißt Menschen willkommen**

Adolph Kolping hat sich dafür eingesetzt, dass wandernde Menschen nicht auf Ablehnung stoßen. Er hat dafür gesorgt, dass Menschen in der Fremde eine Heimat und Ansprechpartner finden. Wir setzen uns auch heute dafür ein, dass im Sinne der Personalität, der Mensch im Mittelpunkt steht und sich sein Wert nicht ausschließlich über seine wirtschaftliche Produktivität bemisst.

Für uns bedeutet das, dass nicht nur Menschen willkommen sind, die in ihren Herkunftsländern um Leib und Leben fürchten müssen, sondern auch Menschen, die aus einer Notlage heraus ihr Herkunftsland verlassen. Menschen pauschal oder voreilig „Asylmissbrauch“ zu unterstellen, halten wir für unangemessen.

Darüber hinaus wird mit verschiedenen Projekten gezeigt, wie Willkommenskultur in unserem Verband gelebt wird und wie eine Begegnung von Menschen auf Augenhöhe angstfrei,

---

<sup>3</sup> Begriffserklärung „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ (nach BMI, Körperschaftsstatus): Alle religiösen und weltanschaulichen Gruppierungen, die auf Dauer angelegt sind, können in Deutschland den Körperschaftsstatus nach Antragsstellung erwerben. Dieses Recht gilt seit der Weimarer Reichsverfassung von 1919. Mit dem Status verleiht der Staat den Gemeinschaften verschiedene Privilegien (z. B. Mitwirkung in öffentl. Gremien und Einrichtungen, Steuervorteile), um deren Religionsausübung zu erleichtern und mit ihnen zu kooperieren.



vorurteilsfrei und wertschätzend möglich ist. Wir erkennen neben unserer gesellschaftlichen Verantwortung hier in Deutschland auch unsere internationale Verantwortung, Menschen in ihren Herkunftsländern beim Aufbau von menschenwürdigen Lebensbedingungen zu unterstützen.

Die AfD unterscheidet in ihrem Grundsatzprogramm zwischen Flüchtlingen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und Immigrant\_innen, die wirtschaftliche oder andere Motive verfolgen. Die Unterscheidung von Asyl und Migration wird im Grundsatzprogramm insbesondere mit dem Thema „Asylmissbrauch“ verknüpft.

Große Befürchtungen sieht die AfD laut Grundsatzprogramm vor allem in der Ausnutzung des deutschen Sozialsystem, das zur Einwanderung an reize und ausgenutzt werde.

Die AfD zeichnet ein Bild einer unvorstellbaren Masse an Menschen, die gen Europa ziehen und sieht damit unseren Wohlstand gefährdet. Von diesen Ängsten und Befürchtungen kann in unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation keine Rede sein.

### **Die Kolpingjugend steht für ein offenes und starkes Europa**

„Die Europäische Union ist die bedeutendste Errungenschaft, um den Frieden in Europa zu sichern. Der Erhalt und Schutz dieser Union muss das Ziel aller Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger in Europa sein.“<sup>4</sup> Mit dieser Vorstellung von Europa wollen wir unser Zusammenleben in Deutschland gestalten.

In der Haltung der AfD in ihrem Grundsatzprogramm sind die wichtigen Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität gegenüber Europa gefährdet.

Eine Rückverlagerung von Kompetenzen in der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungspolitik und in der Bekämpfung von Fluchtursachen ist für eine subsidiär organisierte Europäische Union schädlich. Nur in gemeinsamer Verantwortung kann effizient agiert werden.<sup>5</sup>

Der Ruf nach Regelungen zur Einwanderung in die EU und nach Deutschland ist im Grundsatz positiv zu bewerten. Eine Regulierung von Einwanderung kann dennoch nicht, wie gefordert, ausschließlich nach ökonomisch-leistungsorientierten Kriterien erfolgen. Das Prinzip der Solidarität verlangt es ebenso, Schwache zu unterstützen.

Die AfD tritt in ihrem Grundsatzprogramm für ein verändertes Europa ein. Im Kern will sie die Europäische Union wieder zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zurückführen. Der Euro wird als gescheitertes Experiment beschrieben, das es geordnet zu beenden

---

<sup>4</sup> Position „Mehr Europa ist die Lösung“ der Kolpingjugend Deutschland auf <http://www.kolpingjugend.de/service/news/news-details/55-mehr-europa-ist-die-loesung/>, S.1, Stand: 25.10.2016.

<sup>5</sup>Position „Mehr Europa ist die Lösung“ der Kolpingjugend Deutschland, Abschnitt „Europa ist eine Friedensmacht“, „Europa braucht starke Akteure“, S.1f.3, Stand: 25.10.2016.

gelte. Kompetenzen der Außenpolitik sollen im Verantwortungsbereich der Nationalstaaten bleiben.

Diese Vorstellungen von europäischem Zusammenleben sind für uns keine Perspektiven für die Zukunft Europas. Die Behauptung, ausschließlich Sozialhilfeempfänger\_innen wandern aus anderen EU-Staaten nach Deutschland ein, stimmt mit der Realität nicht überein.

### **Die Kolpingjugend steht für Geschlechtervielfalt**

Jeder Mensch ist in seiner Ebenbildlichkeit Gottes einzigartig und darf nicht auf Grund seiner Sexualität oder seines Geschlechtes diskriminiert werden. Dazu zählt Kindern und Jugendliche altersgemäß und nah an ihrer Lebenswirklichkeit orientiert aufzuzeigen, was sexuelle Vielfalt bedeutet, sowohl gegenüber der eigenen Geschlechtsidentität, als auch in der sexuellen Ausrichtung.. Kinder und Jugendliche sollen zeitgemäß, bedürfnisorientiert und verantwortungsbewusst sexuell aufgeklärt werden. Das Aufbrechen von traditionellen Rollenbildern lässt freie Entfaltung von Kindern und Jugendlichen zu.

Wir unterstützen die Weiterentwicklung der deutschen Sprache hinsichtlich geschlechtersensibler oder geschlechtsspezifischer Anpassungen, soweit es praktikabel ist.

Die AfD versteht unter dem Thema „Gendermainstreaming“ und „Genderideologie“ eine Auseinandersetzung um den Sexualunterricht in der Schule, der über die Vermittlung traditioneller Rollen- und Familienbilder hinaus gehen sowie die „Verunstaltung der deutschen Sprache“. Beiden Themen werden „pseudowissenschaftliche Studien“ und Widersprüche zu Naturwissenschaft und Entwicklungspsychologie vorgeworfen. Besondere Sorge gelte den Kindern und Jugendlichen, die in ihrer sexuellen Identität gestört werden könnten.

Die AfD fordert in ihrem Grundsatzprogramm die Freiheit von Forschung und Lehre. Dabei widerspricht sich die AfD selbst, indem sie die eingeforderte Freiheit durch die Aberkennung der Genderforschung als wissenschaftlich fundiertes Forschungsgebiet einschränkt.

### **Die Kolpingjugend ist gegen die Wiedereinsetzung des verpflichtenden Wehrdienstes**

Die AfD fordert die Wiedereinführung des verpflichtenden Grundwehrdienstes für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Verweigerer sollen einen Wehrersatzdienst leisten. Frauen seien vom Pflichtwehrdienst ausgeschlossen, haben aber die Möglichkeit freiwillig der Bundeswehr zu dienen, wie es zurzeit auch schon möglich ist. Hauptargument ist die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands.

Wir sind gegen eine solche Wiedereinsetzung des Wehrdienstes. Zu Grunde liegen hier zum einen die Haltung eines jeden Einzelnen zum Dienst an der Waffe und zum anderen die freiheitliche Entscheidung zur beruflichen Bildung nach der Schule. Ferner sehen wir eine Diskriminierung von jungen Männern, die verpflichtend ein Jahr für die Zeit ihrer Berufsausbildung verlieren. Diese Ungleichbehandlung von Mann und Frau darf gar nicht erst ermöglicht werden.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung lässt sich nicht ausschließlich über den verpflichtenden Wehrdienst verteidigen. Politik, Gesellschaft, und Sozialverbände, zu denen auch die Kolpingjugend zählt, sehen wir hier in der Verantwortung, unsere Demokratie zu festigen und zu gestalten.

### **Die Kolpingjugend ruft junge Wähler\_innen auf, ihr Wahlrecht zu nutzen.**

Wir nehmen wahr, dass sich die AfD Frust in Teilen der Bevölkerung zu Nutze macht, um unzufriedene Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Die Kolpingjugend bietet Jugendlichen umfassende Informationen und Möglichkeiten zur Beteiligung an Politik und zur Vorbereitung auf die Wahlen. Dadurch wollen wir auch der Stimme der jungen Wählerinnen und Wähler Gehör verleihen. Die Parteienlandschaft bietet ein weites Spektrum, das eine sachliche Wahlentscheidung ermöglicht. Niemand sollte dem Populismus nachgeben und damit seine Stimme für die AfD abgeben.

Darüber hinaus werden sich die Gliederungen der Kolpingjugend, besonders im Wahljahr 2017, in die politische Debatte einbringen und gegen menschenfeindliche, einzelne Bevölkerungsgruppen diskriminierende Haltungen sowie gegen Hass und Hetze aktiv Stellung beziehen.

Abstimmung: Der Antrag wird bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen.
---

**Initiativantrag BK 2017-1-17i**

**Einrichtung einer Ad-hoc-Gruppe „Wahlen auf der Bundeskonferenz der Kolpingjugend“**

Die Bundeskonferenz beschließt eine Ad-Hoc Gruppe „Wahlen auf der Bundeskonferenz der Kolpingjugend“ einzurichten.

Aufgaben sind:

1. die Erarbeitung eines Antrags für die Bundeskonferenz 2017-2 zur Neuregelung der Wahlen in der Wahl- und Geschäftsordnung.
2. Die Aufbereitung und Vorbereitung der Antragsberatung auf der Bundeskonferenz 2017-2. Die Ad-Hoc Gruppe setzt sich aus mindestens einem Mitglied der Bundesleitung, mindestens einem Mitglied des Beratungsausschusses, sowie je einem aus den LV/Regionen entsandten Vertreter zusammen.

Die Arbeit der Ad-hoc-Gruppe endet mit Ende Bundeskonferenz 2017-2.

Abstimmung: Der Antrag wird bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen.
--